

Näher am Eigenheim



Wohnimmobilien. In den vergangenen Jahren ist es für einen typischen Haushalt in den meisten Regionen Deutschlands wieder etwas leichter geworden, Wohneigentum zu finanzieren, wie der IW-Erschwinglichkeitsindex zeigt. Trotzdem sind Häuser und Eigentumswohnungen vielerorts nach wie vor so teuer, dass für viele Haushalte der Kauf nicht zu stemmen ist. IW-Immobilienexperte Pekka Sagner erläutert im Interview, wie sich die Situation beispielsweise durch eine Reform der Grunderwerbsteuer verbessern ließe und welche Vorteile Wohneigentum generell hat.

—> [Seiten 2-5](#)

Außenhandel

Im jüngsten Zollabkommen hat die EU den USA versprochen, massiv Energie aus den Vereinigten Staaten zu importieren. Die Zusage ist aber kaum umsetzbar.

—> [Seiten 8-9](#)

Soziale Sicherung

Die Arbeitgeber in Deutschland mussten 2024 mehr denn je für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ausgeben – auch wegen gestiegener Fehlzeiten der Mitarbeiter.

—> [Seite 13](#)

Eigentum wieder erschwinglicher



Wohnimmobilien. In den vergangenen beiden Jahren sind Wohnimmobilien sowohl bundesweit als auch auf Bundesländerebene erschwinglicher geworden. Dennoch bleiben aufgrund des Preisniveaus viele Haushalte vom Eigentumserwerb ausgeschlossen. Die Neugestaltung der Grunderwerbsteuer und neue Darlehensformen könnten dies ändern.

Der Blick auf die Inserate für Häuser und Eigentumswohnungen ist meist ernüchternd: Das, was gefällt, ist oft zu teuer. Aber stimmt das so pauschal? Um herauszubekommen, ob sich eine Immobilie finanzieren lässt, hat das IW für die

Interhyp AG den Erschwinglichkeitsindex entwickelt. Er zeigt die finanzielle Belastung beim Erwerb selbst genutzten Wohneigentums für einen Modellhaushalt mit zwei Erwerbstätigen, die ein Einkommen am oberen Rand der mittleren Einkommens-

gruppe aller Haushalte erzielen und zwei Kinder haben.

Der Indexwert beträgt 100, wenn das Haushaltsnettoeinkommen gerade ausreicht, um monatliche Finanzierungsausgaben (die sogenannte Annuität) zu stemmen, die nicht mehr als 35 Prozent des verfügbaren Einkommens betragen sollen. Ist das Einkommen des Modellhaushalts in einer bestimmten Region höher oder die Annuität niedriger, liegt der Indexwert über 100 und gilt die Lage als erschwinglicher. Indexwerte unter 100 zeigen an, dass Wohneigentum für den betrachteten Haushaltstyp schwieriger zu finanzieren ist.

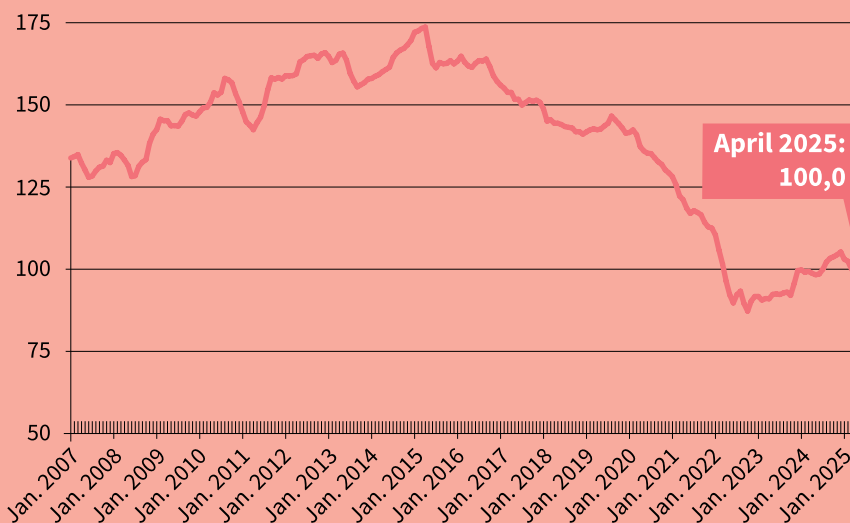
Am aktuellen Rand sieht es demnach im Bundesdurchschnitt recht gut aus für potenzielle Eigentumserwerber (Grafik):

Im April 2023 lag der IW-Erschwinglichkeitsindex für Deutschland bei 91 Punkten, zwei Jahre später bei 100 Punkten – Wohnimmobilien sind damit rein rechnerisch wieder erschwinglich.

Der positive Trend zeigt sich auch mit Blick auf die 400 untersuchten Landkreise und kreisfreien Städte: Im Zweijahresvergleich sind Wohnimmobilien – gemessen am Einkommen und den Finanzierungskosten – in 392 Regionen wieder günstiger geworden, vor allem in vormals stark angespannten Märkten. Nur in acht

IW-Erschwinglichkeitsindex für Wohnimmobilien

Ein Indexwert von 100 bedeutet, dass das Nettoeinkommen des betrachteten Modellhaushalts gerade ausreichte, um die monatlichen Ausgaben für ein Volltilgendarlehen zum Erwerb von Wohneigentum finanzieren zu können. Indexwerte über 100 bedeuten ein besseres Einkommens-Finanzierungskosten-Verhältnis und damit eine bessere Erschwinglichkeit, Indexwerte unter 100 zeigen folglich eine schlechtere Erschwinglichkeit an.



Volltilgendarlehen: Die Zinsen für eine Immobilienfinanzierung sind für 30 Jahre festgeschrieben und der Kredit wird innerhalb dieses Zeitraums komplett zurückgezahlt. Der Kreditnehmer ist am Ende der Laufzeit also komplett schuldenfrei; Einkommen: verfügbares Haushaltsnettoeinkommen

Quellen: Interhyp AG, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Regionen hat sich der Index leicht verschlechtert, beispielsweise im brandenburgischen Landkreis Oberspreewald-Lausitz (minus 9 Prozent), im Altenburger Land (minus 8 Prozent) und in Eichsfeld (minus 5 Prozent).

Auch der Bundesländervergleich zeigt, dass sich die Situation für Immobilienerwerber flächendeckend verbessert hat (Grafik):

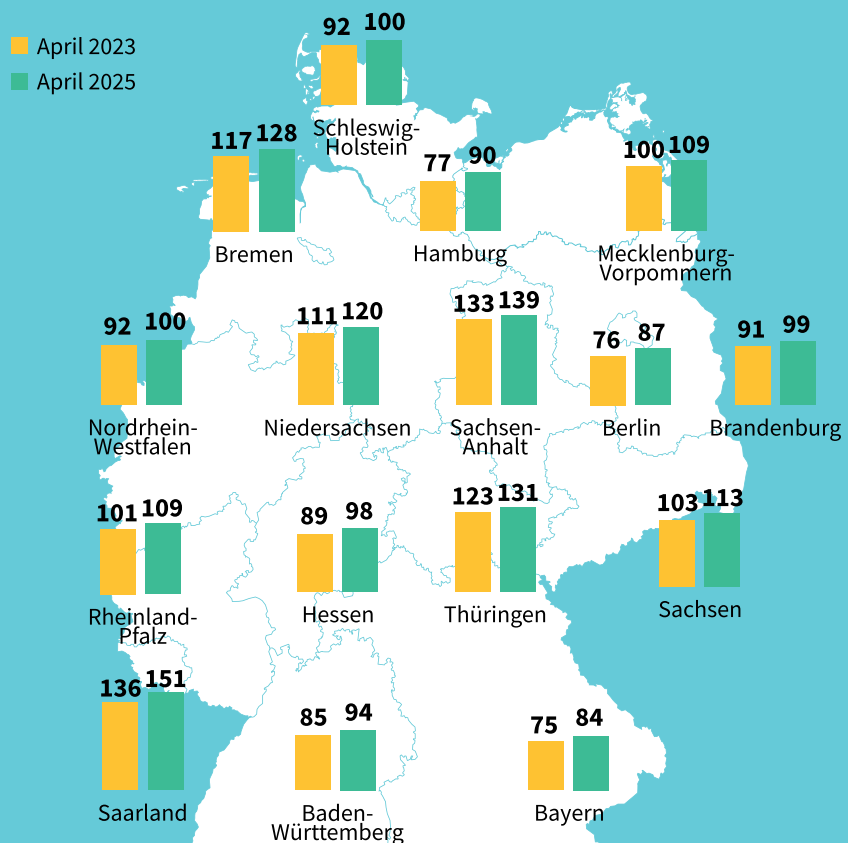
In allen 16 Ländern haben die Werte des Erschwinglichkeitsindex zwischen April 2023 und April 2025 zugelegt.

Gleichwohl gibt es weiterhin ein deutliches Gefälle. Am leichtesten zu finanzieren sind Wohnimmobilien nach derzeitigem Stand für Käufer im Saarland (151 Punkte), in Sachsen-Anhalt (139 Punkte) sowie in Thüringen (131 Punkte). Am schwierigsten ist dies in den wirtschaftsstarken und dynamischen Ländern Bayern (84 Punkte), Berlin (87 Punkte) sowie Hamburg (90 Punkte). Auch in Baden-Württemberg (94 Punkte) und Hessen (98 Punkte) liegt der Erschwinglichkeitsindex noch unterhalb der Schwelle von 100 Punkten, sodass der Erwerb von Wohneigentum für einen typischen Haushalt weiterhin mit einer erhöhten Belastung verbunden ist.

Noch größer ist die Spannweite auf Kreisebene: Der niedersächsische Landkreis Holzminden weist mit 174 Punkten den besten Indexwert auf, der Landkreis Miesbach in Bayern mit 52 Punkten den schlechtesten. Besonders erschwinglich sind Immobilien vor allem in strukturschwächeren, meist ländlich geprägten Regionen in Ost- und Norddeutschland. Am anderen Ende der Skala mit Indexwerten unterhalb von 70 Punkten liegen Kreise im Großraum München sowie im südlichen Bayern, neben Miesbach sind dies beispielsweise Garmisch-Partenkirchen, Ebersberg und Starnberg.

IW-Erschwinglichkeitsindex nach Bundesländern

Ein Indexwert von 100 bedeutet, dass das Nettoeinkommen des betrachteten Modellhaushalts im jeweiligen Bundesland gerade ausreichte, um die monatlichen Ausgaben für ein Volltilgerdarlehen zum Erwerb von Wohneigentum finanzieren zu können. Indexwerte über 100 bedeuten ein höheres Einkommens-Finanzierungskosten-Verhältnis und damit eine bessere Erschwinglichkeit, Indexwerte unter 100 zeigen folglich eine schlechtere Erschwinglichkeit an.



Volltilgerdarlehen: Die Zinsen für eine Immobilienfinanzierung sind für 30 Jahre festgeschrieben und der Kredit wird innerhalb dieses Zeitraums komplett zurückgezahlt. Der Kreditnehmer ist am Ende der Laufzeit also komplett schuldenfrei; Einkommen: verfügbares Haushaltsnettoeinkommen

Quellen: Interhyp AG, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Trotz der jüngsten Entlastungen in zahlreichen Regionen bleibt der Immobilienmarkt auf einem Niveau, das viele Haushalte finanziell vom Wohneigentumserwerb ausschließt. Um dies zu ändern, wären folgende drei Maßnahmen sinnvoll:

Erstens die Einführung eines regional differenzierten Stufentarifs bei der Grunderwerbsteuer, der optional durch Freibeträge für Ersterwerber ergänzt werden könnte.

Zweitens würden nachrangige, staatliche Darlehen die Einstiegshür-

den insbesondere für Haushalte ohne umfangreiche Rücklagen senken.

Drittens könnten in ähnlicher Weise anteilige staatliche Bürgschaften für private Immobilienkredite vor allem jüngere Haushalte beim Erwerb von Wohneigentum entlasten.

Gutachten

Pekka Sagner, Michael Voigtländer:
Interhyp-IW-Erschwinglichkeitsindex

Interview. Warum Wohneigentum in Deutschland gerade wieder erschwinglicher ist, welche Vorteile Kaufen gegenüber Mieten hat und wie er potenzielle Käufer durch eine Reform der Grunderwerbsteuer unterstützen würde, erklärt **Pekka Sagner**, Senior Economist für Wohnungspolitik und Immobilienökonomik im IW, im Interview.



Foto: IW Medien

„Ein Stufentarif in der Grunderwerbsteuer wäre sinnvoll“

Ihre Berechnungen zeigen, dass Wohnimmobilien in Deutschland wieder erschwinglich sind. Ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen?

Es ist auf jeden Fall kein schlechter. Seit der Zinswende im Jahr 2022, als in kurzer Zeit die Zinsen stark gestiegen sind, haben in einigen Regionen die Kaufpreise nachgegeben. Inzwischen sind die Hypothekenzinsen wieder gesunken, sodass unser Index, der die Relation von aufzuwendendem Einkommen auf Haushaltsebene zu den monatlichen Kosten abbildet, gestiegen ist.

Sollten Käufer vielleicht noch etwas abwarten und auf noch bessere Konditionen hoffen?

Unsere Berechnungen zeigen, dass die 2010er Jahre ein sehr, sehr guter Zeitraum zum Kaufen waren. Man darf aber nicht den Fehler machen, zu glauben, dass wir in kurzer Zeit wieder auf dieses sehr hohe Erschwinglichkeitsniveau zurückkehren. Das aktuelle Zinsniveau ist in der Langzeitbetrachtung nämlich normal und es hat sich

zuletzt stabil eingependelt. Es gibt wenig Anlass, davon auszugehen, dass es in eine Richtung in kurzer Zeit massiv ausschlägt. Das haben schon viele Käuferinnen und Käufer realisiert, denn die Nachfrage und damit auch die Kaufpreise steigen wieder.

Potenzielle Käufer können sich die Lage ihrer Wunschimmobilie in der Regel nicht danach aussuchen, wo sie bezahlbar ist. Die meisten Menschen sind ortsgebunden ...

Das ist richtig, eine gewisse räumliche Variabilität hat man bei der Entscheidung für den Wohnstandort aber natürlich schon. Ich muss zum Beispiel nicht zwingend in Köln Wohneigentum erwerben, sondern kann das auch im Umland tun, etwa im Rhein-Sieg-Kreis oder im Bergischen Land. In den ländlichen Regionen ist die Wohneigentumsquote generell höher, dadurch sind die Kaufpreise regelmäßig deutlich günstiger als in der Stadt. Außerdem sind die dort angebotenen Wohnimmobilien für viele Haushalte attraktiver, sprich: Es gibt im

Umland eher freistehende Einfamilienhäuser, die dem typischen Wohnwunsch vieler deutscher Haushalte entsprechen. In Deutschland ist wie in keinem anderen Land die Wohneigentumsbildung eng mit der Familiengründung verknüpft.

Wie viel muss man verdienen, um sich eine Immobilie in einer der deutschen Top-7-Städte leisten zu können?

Das ist sehr unterschiedlich und lässt sich nicht pauschal beantworten. Unser Index unterstellt ja eine standardisierte Wohnimmobilie, die über alle Regionen vergleichbar sein soll. Aber es gibt natürlich eine gewisse Variabilität, da sich zum einen das Budget, das Menschen tatsächlich für eine Immobilie ausgeben wollen, durchaus unterscheidet. Zum anderen sind die verfügbaren Immobilien etwa in urbanen Märkten eher kleiner als im Durchschnitt.

In Deutschland wohnt mehr als die Hälfte der Haushalte zur Miete. Warum sollte sich das ändern?

Deutschland ist weltweit eines der Länder mit der geringsten Wohneigentumsquote, das ist erst mal ein Fakt. Dafür gibt es historische Gründe. Aufgrund der großen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg setzten viele Städte massiv auf den Bau von Mietwohnungen, damit die Menschen wieder ein Dach über dem Kopf hatten. Danach gab es über Jahrzehnte eine Wohnungspolitik, die sich eher auf den Mietmarkt konzentriert hat. Das ist zum Beispiel in Großbritannien ganz anders.

Der große Vorteil von Eigentum ist, dass Haushalte ihre Immobilie in der Regel zum Renteneintritt abbezahlt und dadurch Vermögen aufgebaut haben. Sie müssen keine Mietkosten tragen und haben dadurch gegenüber Rentnern in Mietwohnungen einen enormen finanziellen Vorteil.

Es gilt auch zu bedenken, dass das Rentenniveau angesichts des demografischen Wandels über die Umlagefinanzierung aus jetziger Sicht nicht zu halten ist. Das macht es für ältere Mieter noch schwieriger.

In der Schweiz leben noch mehr Menschen zur Miete als in der Bundesrepublik ...

Mieten ist per se auch nicht schlecht. Diesen Fehler sollte man nicht machen. Aber Eigentum birgt Vorteile. Neben dem eben angesprochenen Vermögensaufbau führt der Kauf einer Immobilie auch zu einem Sparzwang. Ab der Unterschrift unter dem Kaufvertrag bucht die Bank jeden Monat die Tilgungsrate ab. Das diszipliniert die Haushalte. Mieter können über verschiedene Anlageprodukte anders für das Alter vorsorgen, sie neigen aber grundsätzlich eher zum Konsum.

Dazu bietet Eigentum Sicherheit. Für Mieter ist immer eine Eigenbedarfskündigung des Vermieters möglich, die

sie aus ihrer geliebten Wohnung treibt. Ein weiterer Nachteil: Häufig gibt es regelmäßige Mietsteigerungen, bei Erwerb einer Immobilie bleibt der Finanzierungsaufwand meist konstant.

Sie haben eine Reihe von Vorschlägen dazu gemacht, wie sich die Wohneigentumsbildung in Deutschland verbessern ließe. Was wäre die einfachste Möglichkeit?

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung findet sich unter den Vorschlägen für den Wohnungsmarkt auch die von uns angesprochene Idee der öffentlichen Nachrangdarlehen zur Eigenkapitalergänzung. Vereinfacht gesagt: Der Staat gibt dem Käufer ein günstiges Darlehen als Ersatz oder Ergänzung zum Eigenkapital und besteht im Falle eines Zahlungsausfalls nicht auf Erstattung. Das bietet den Banken mehr Sicherheit bei der Vergabe ihrer Kredite.

Ein solches Nachrangdarlehen bietet Schleswig-Holstein bereits seit mehreren Jahren an. Es ist sehr gefragt und hat bislang eine sehr geringe Ausfallquote. Es ist vor allem für junge Haushalte ein interessantes Modell, weil sie in dem kurzen Zeitraum seit Berufsstart meist noch kein größeres Vermögen gebildet haben und deshalb nur wenig Eigenkapital einbringen können.

Sie regen auch eine Reform der Grunderwerbsteuer an. Was genau schwebt Ihnen vor?

Beim Thema Grunderwerbsteuer wir oft nach der Abschaffung oder einem Aussetzen gerufen. Da die Steuer den Ländern zugutekommt, ist das nicht so einfach und allgemein eine sensible Diskussion. Dass eine Steuersenkung aber grundsätzlich umsetzbar ist, hat unlängst Thüringen gezeigt.

Ein gangbarer Weg, die Grunderwerbsteuer zu reformieren, wäre aus unserer Sicht ein Stufentarif. Für günstigere Immobilien würde eine niedrige Steuer anfallen, mit steigendem Kaufpreis steigt dann die Steuer. So wird es bereits in England und Schottland mit einem ähnlichen Modell gehandhabt.

Die Regelung hätte den charmanten Vorteil, dass sie sozial sehr treffsicher ist. Haushalte mit einem geringeren Einkommen oder Vermögen hätten so eher die Chance, Wohneigentum zu erwerben. Auf der anderen Seite würden Multimillionäre nicht davon profitieren, sie müssten eher noch etwas drauflegen für teure Immobilien. Unterm Strich ließen sich so bei richtiger Ausgestaltung auch Steuerausfälle für die Länder vermeiden.

Wichtig zu erwähnen: Die Sätze sollten nicht deutschlandweit gleich sein, sondern es gilt, die regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Daher bliebe das Festlegen der Grunderwerbsteuer auch in Zukunft Ländersache.

Die HR-Wishlist

Wirtschaftspolitik. Ginge es nach den Personalern in Deutschland, müsste die neue Bundesregierung aus personalpolitischer Perspektive als Erstes dafür sorgen, dass die Lohnnebenkosten sinken. Um die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern, setzen dieselben Experten für Human Resources (HR) dagegen auf den Bürokratieabbau.

Wie ticken Personalere? Dieser Frage ist das IW auf den Grund gegangen und hat dafür rund 1.000 Personalverantwortliche im Frühjahr 2025 zu den drängendsten Themen befragt, die die neue Bundesregierung aus ihrer Sicht angehen sollte. Die HR-Experten konnten jeweils bis zu drei für sie relevante Aspekte zur betrieblichen Personalpolitik angeben sowie priorisieren, welche Rahmenbedingungen für Unternehmen grundsätzlich verbessert werden müssten.

Was die personalpolitischen Maßnahmen angeht, haben die Befragten einen klaren Favoriten (Grafik):

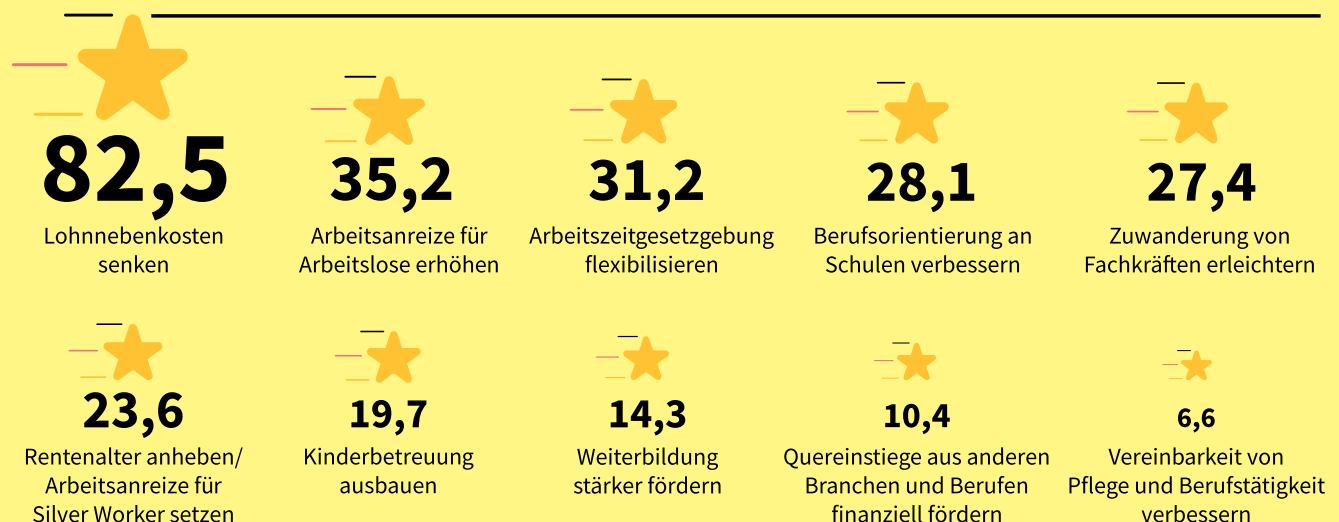
Rund 82 Prozent der Personalverantwortlichen halten die Senkung der Lohnnebenkosten für eine der drei wichtigsten Aufgaben der Politik.

Diese Einschätzung teilen die Befragten unabhängig von der Branche, der Beschäftigtenzahl, der Region und dem Digitalisierungsgrad ihres Unternehmens.

Das zweitwichtigste personalpolitische Thema sind mit recht großem Abstand höhere Arbeitsanreize für Arbeitslose. Ungewöhnlich dabei: Lediglich 35 Prozent der HR-Verantwortlichen sehen hier die neue Bundesregierung in der Pflicht, obwohl fast die Hälfte der Unter-

Wünsche an die Politik: Personalpolitische Notwendigkeiten

So viel Prozent der Personalverantwortlichen finden, dass die neue Bundesregierung diese personalpolitisch relevanten Themen zeitnah angehen sollte



Befragung von 1.067 Personalverantwortlichen zwischen dem 15. März und 8. Mai 2025 im Rahmen des IW-Personalpanels, maximal drei Nennungen möglich

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

nehmen in Deutschland Probleme hat, Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung zu finden. Betrachtet man nur die Betriebe, die derzeit Fachkräfte suchen, geben sogar mehr als 70 Prozent an, Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung zu haben.

Auf Platz drei der wichtigsten personalpolitischen Maßnahmen rangiert mit rund 31 Prozent Zustimmung die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die vor allem große Unternehmen deutlich befürworten. Durch eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit könnten Unternehmen flexibler auf Arbeitsspitzen und schwankende Auslastungen reagieren. Und auch die Beschäftigten selbst – vor allem solche in Büroberufen – könnten vom Modell einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit profitieren, da sie die Arbeitszufriedenheit und die Work-Life-Balance steigern kann (siehe iwd 14/2025).

Fragt man die Personalverantwortlichen danach, welche politischen Maßnahmen die Rahmenbedingungen für die Unternehmen insgesamt verbessern würden, setzen sie andere Prioritäten (Grafik):

An erster Stelle mit knapp 60 Prozent Zustimmung steht der Wunsch nach Bürokratieabbau. Erst auf Platz zwei der HR-Wishlist folgen niedrigere Lohnnebenkosten, an dritter Stelle findet sich der Wunsch nach weniger Vorschriften und Normen.

Damit schätzen die Personalverantwortlichen die drängendsten Aufgaben der Bundesregierung für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen sehr ähnlich ein wie die Geschäftsführer in Deutschland. Denn die Unternehmenslenker nennen auf den ersten drei Rängen dieselben Maßnahmen, wenn auch in leicht anderer Reihenfolge: auf Platz eins den Bürokratieabbau, auf Platz zwei die Deregulierung und auf Platz drei die Senkung der Lohnnebenkosten (siehe iwd 7/2025).

Die Antworten der Personaler unterscheiden sich in diesem Befragungspart ebenfalls recht wenig zwischen den Branchen. Für Vertreter von Handels- und Logistikunternehmen ist die Flexibilisierung der Arbeitszeiten wichtiger als der Ausbau der digitalen Infrastruktur, ähnlich sehen es auch die HR-Experten der Handwerksunternehmen. Eine Reform der Unternehmensbesteuerung ist dagegen für kleine und mittelgroße Betriebe wichtiger als für große mit mehr als 250 Mitarbeitern.

Für die Bundesregierung, die am 14. August exakt 100 Tage im Amt war, ergeben sich anhand der Befragungsergebnisse recht eindeutige Handlungsempfehlungen: Sie sollte an erster Stelle für einen Bürokratieabbau, Deregulierung und eine Senkung der Lohnnebenkosten, etwa durch Anhebung des Rentenzugangsalters, sorgen. Damit auch Beschäftigte, die in Jobs mit hohen gesund-

heitlichen Belastungen tätig sind, länger im Berufsleben bleiben, könnten diese durch eine gesundheits- und kompetenzfördernde Arbeitsplatzgestaltung und Personalpolitik in den Unternehmen unterstützt werden. Das würde sowohl die Bereitschaft als auch die Fähigkeit stärken, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter zu arbeiten.

IW-Report 39/2025

Thomas Schleiermacher, Susanne Seyda: 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung

Wünsche an die Politik:

Unternehmerische Notwendigkeiten

So viel Prozent der Personalverantwortlichen finden, dass die neue Bundesregierung diese Maßnahmen zeitnah angehen sollte, um bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen in Deutschland zu schaffen



Ein unrealistischer Deal

Außenhandel. Im Zollabkommen zwischen der EU und den USA haben beide Seiten massive europäische Energieimporte aus den Vereinigten Staaten vereinbart. Praktisch lässt sich die Abmachung aber nicht umsetzen.

Medienwirksam reichten sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Donald Trump am 27. Juli dieses Jahres die Hand und beendeten so (vorläufig) den Handelskonflikt zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Neben der Einigung über Importzölle enthält das Abkommen auch das Versprechen der EU, bis 2028 US-Energie im Wert von 750 Milliarden Euro zu importieren. Dies soll einen Beitrag zur Versorgungssicherheit der Staatengemeinschaft liefern und der endgültigen Abkehr von russischen Energielieferungen dienen, die sich im vergangenen Jahr immerhin noch auf 28 Milliarden Euro beliefen.

Kritiker sehen in der Vereinbarung eine Gefahr für die Energiewende in der EU sowie das Risiko neuer Abhängigkeiten, wie sie etwa gegenüber Russland vor dem Ukraine-Krieg bestanden. Um die Tragweite abschätzen zu können, lohnt ein genauerer Blick auf die Umsetzbarkeit des Energie-Deals.

Zunächst lässt sich festhalten, dass die USA auch ohne die zusätzlichen Investitionen einer der wichtigsten Partner Europas im Energiesektor sind. Zuletzt kam vor allem fossile Energie aus Übersee (Grafik Seite 9):

Im Jahr 2024 stammte fast ein Drittel aller Kohleimporte der EU aus den USA.

Beim Erdgas und beim Öl lag der Anteil jeweils bei gut 16 Prozent.

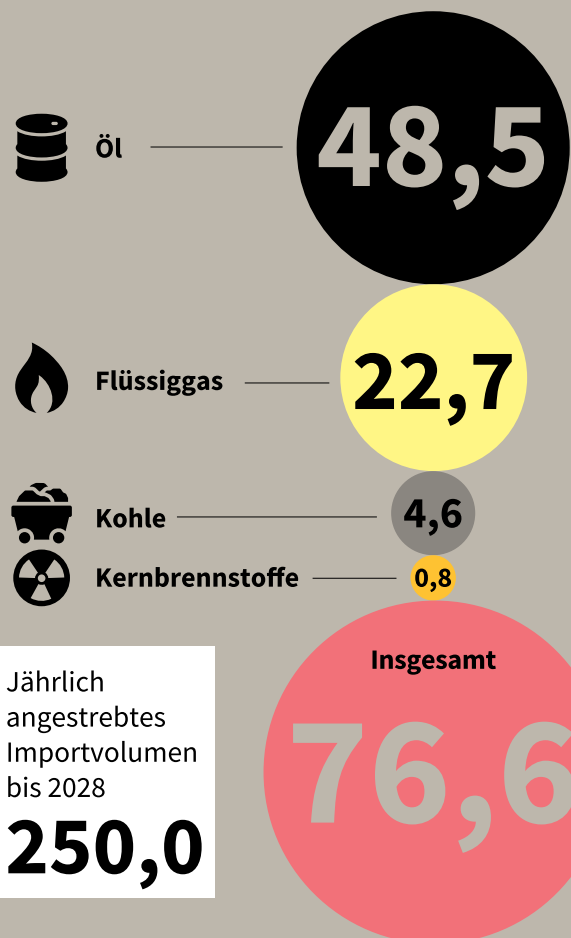
Schaut man sich die absoluten Werte an, dreht sich die Reihenfolge zugunsten von Erdöl (Grafik):

Im Jahr 2024 importierten die EU-Staaten Erdöl aus den Vereinigten Staaten im Wert von knapp 49 Milliarden Dollar.

Das komplette Importvolumen aus den Vereinigten Staaten im Energiesektor betrug zuletzt annähernd 77 Milliarden Dollar.

Energie-Deal: Riesige Lücke

Energielieferungen aus den USA in die EU im Jahr 2024 in Milliarden Dollar

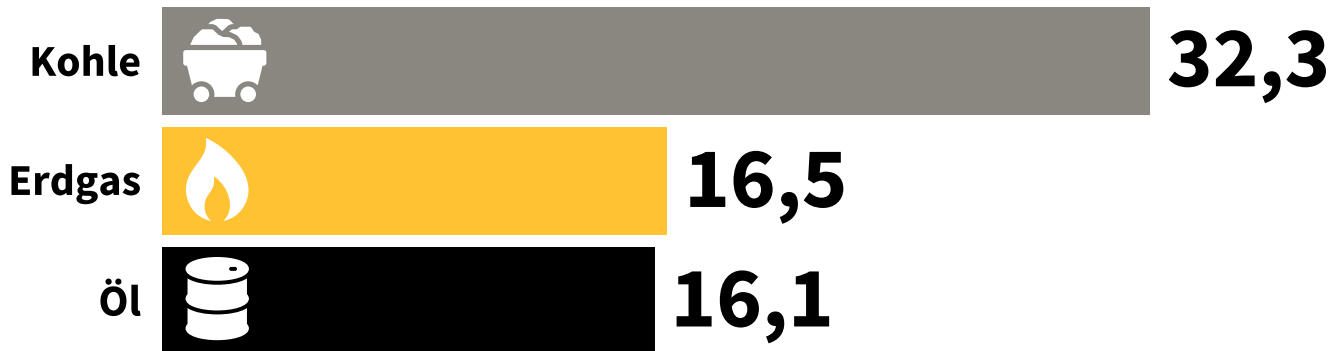


Angestrebtes Importvolumen: gemäß der Vereinbarung, die die USA und die EU bei ihrem Zoll-Deal am 27.7.2025 getroffen haben

Quellen: EU-Kommission, Eurostat
© 2025 IW Medien / iwd

Energiesektor: USA wichtiger EU-Partner

Anteil der US-Energieimporte an allen Energieimporten der EU im Jahr 2024 in Prozent



Quellen: EU-Kommission, Europäischer Rat
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Um die Vorgaben aus der jüngsten Vereinbarung umzusetzen und bis 2028 insgesamt 750 Milliarden Dollar in US-Energie zu investieren, müsste sich dieser Wert in den kommenden drei Jahren mehr als verdreifachen. Zur Einordnung: Im vergangenen Jahr importierte die EU aus allen Teilen der Welt zusammengekommen Energieträger für rund 440 Milliarden Dollar.

Diese Zahlen verdeutlichen bereits, wie unrealistisch der ausgehandelte Deal ist. Dazu kommen praktische Probleme:

Die USA können ihre Exporte kurzfristig nicht beliebig erhöhen. Viele Flüssiggas-Terminals waren bereits 2024 an ihrer Kapazitätsgrenze. Neue Exportanlagen befinden sich zwar im Bau, werden aber voraussichtlich erst nach 2028 in Betrieb gehen.

Zudem dürften US-Investoren von der Vereinbarung mit der EU wenig beeindruckt sein: Öl- und Gasproduzenten richten ihre Investitionsvorhaben an langfristiger Nachfrage und erwarteten Renditen aus. Eine vage und rechtlich nicht bindende Absichtserklärung über drei Jahre dürfte kaum Einfluss auf ihre Produktionsentscheidungen haben.

Die EU-Kommission kann ihrerseits nicht zentral zu importierende Energiemengen festlegen. Über Einfuhren entscheiden private europäische Unternehmen, die sich an Angebot, Nachfrage und den globalen Marktpreisen orientieren.

Politische Absichtserklärungen setzen allenfalls Rahmensignale, haben aber keinen direkten Einfluss auf das tatsächliche Handelsvolumen.

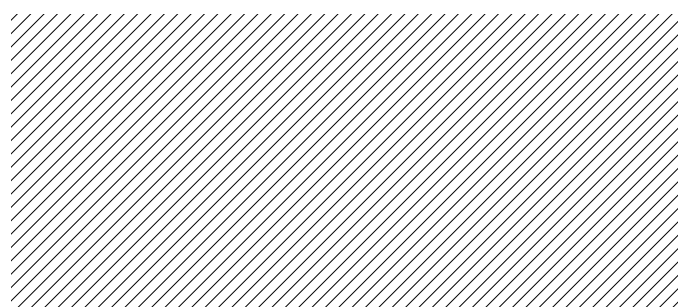
Und auch für die in die Vereinbarung aufgenommene Kernenergie gibt es praktische Schwierigkeiten. Im Jahr 2024 importierte die EU aus den USA Kernbrennstoffe im Wert von rund 800 Millionen Dollar. Größere Einfuhren

sind unwahrscheinlich, da die USA den Großteil ihres Urans bereits heute selbst importieren müssen. Zudem hat Präsident Trump angekündigt, die heimische Kernkraft weiter auszubauen, was die inländische Nachfrage zusätzlich erhöhen dürfte.

Der Import sogenannter Small Modular Reactors (SMR) wird auf absehbare Zeit ebenfalls keine Rolle spielen: Weltweit sind bislang nur zwei SMR in Betrieb – einer in China, einer in Russland. Bis US-Modelle marktreif und exportfähig sind, dürften noch mehrere Jahre vergehen.

Unterm Strich dient die Absprache zwischen der EU und den USA folglich eher als politisches Zeichen. Trump nutzt die Zahl, um seine Verhandlungsstärke gegenüber seinen Wählern und der amerikanischen Öffentlichkeit zu demonstrieren. Die EU wiederum zeigt im Handelsstreit Entgegenkommen.

Abgeschlossen ist die Debatte um die transatlantischen Handelsbeziehungen im Energiesektor damit freilich nicht. Während die EU sukzessive ihren Bedarf an fossilen Energieträgern zurückfahren will, möchten die Vereinigten Staaten ihren Export eben jener Produkte ausbauen. Weitere Spannungen zwischen beiden Seiten sind daher durchaus wahrscheinlich.



Großzügig eingestellt

Öffentlicher Dienst. Die Länder und Kommunen in Deutschland haben in den vergangenen Jahren in erheblichem Maße Beschäftigung aufgebaut. Eine IW-Modellrechnung zeigt, dass der Stellenzuwachs den Bedarf regional teils deutlich übertraf. Am effizientesten war die Personalpolitik demnach in einem ostdeutschen Bundesland.

Die Beschäftigten der Bundesländer

im Jahr 2023 in 1.000 Vollzeitstellen

■ Veränderung gegenüber 2013 in Prozent

Beschäftigte in den Aufgabenbereichen des Kernhaushalts	1.658,4	6,4
Davon:		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	123,7	25,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	298,9	10,7
Rechtsschutz	167,3	5,3
Finanzverwaltung	129,5	1,5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur	850,9	4,2
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	18,8	9,9
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	22,3	11,5
Wohnungswesen und Städtebau	14,4	19,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	14,4	5,4
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4,6	6,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	13,5	-30,5
Beschäftigte außerhalb des Kernhaushalts	633,4	25,7
Darunter:		
Hochschulkliniken	220,0	35,8
Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien	226,5	19,3
Krankenhäuser	19,9	-8,3
Insgesamt	2.291,8	11,1

Wohnungswesen und Städtebau: einschließlich Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste
Beschäftigte außerhalb des Kernhaushalts: u. a. in Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Zur Rolle des Staates als Arbeitgeber hat wohl jeder eine Meinung: Die einen fordern mehr Personal im öffentlichen Dienst, damit dieser besser funktioniert; die anderen echauffieren sich über den vermeintlichen bürokratischen Wasserkopf.

Um die Personalpolitik der öffentlichen Arbeitgeber jenseits solcher Debatten fundiert bewerten zu können, hat das IW in einer aktuellen Studie zunächst die Beschäftigungsentwicklung im Detail nachgezeichnet – sowohl für die Länder als auch für die Kommunen:

Bundesländer. Über alle Aufgabenbereiche hinweg haben die Länder ihren Personalbestand zuletzt deutlich aufgestockt (Grafik):

In Vollzeitstellen umgerechnet, stieg die Zahl der Landesbeschäftigten von 2013 bis 2023 um gut 11 Prozent auf knapp 2,3 Millionen.

Bemerkenswert ist dabei der Zuwachs in einem zentralen Aufgabengebiet des öffentlichen Dienstes, dem Bereich „politische Führung und zentrale Verwaltung“. Hier betrug das rechnerische Plus an Vollzeitstellen seit 2013 rund 25 Prozent. Möglicherweise lag dies auch an politischen Entscheidungen, die den Bürokratieaufwand wachsen ließen. Für die öffentliche Sicherheit und Ordnung waren zuletzt mit fast 300.000 ebenfalls deutlich mehr Landesbeschäftigte zuständig als

2013, das Plus erreichte hier knapp 11 Prozent oder 29.000 Vollzeitstellen. Bei den Hochschulkliniken, die in unterschiedlichen Rechtsformen existieren, legte die rechnerische Zahl der Vollzeitmitarbeiter sogar um rund 36 Prozent zu.

Einen nennenswerten Personalabbau auf Länderebene gab es allein im Bereich „Verkehrs- und Nachrichtenwesen“. Vermutlich fielen hier schlicht deshalb Stellen weg, weil neue digitale Kommunikations- und Informationstechnologien einige Tätigkeiten ersetzt haben.

Kommunen. Noch größer als auf Länderebene war der Personalaufbau insgesamt in den Städten und Landkreisen (Grafik):

Im Jahr 2023 hatten die Kommunen in Deutschland rechnerisch annähernd 1,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte – rund ein Viertel mehr als zehn Jahre zuvor.

Am stärksten fiel der Anstieg mit gut 45 Prozent im Bereich „Soziales und Jugend“ aus. Aber auch in der zentralen Verwaltung wuchs die Zahl der Vollzeitstellen erheblich – um 31 Prozent. Teils dürfte dahinterstecken, dass der Staat sozialpolitische Aufgaben in die Kommunen verlagert hat. Relevant dürfte ebenfalls sein, dass die kommunalen Kindertagesstätten mehr Personal einstellen mussten, um die unzureichenden Betreuungsmöglichkeiten zu verbessern (siehe iwd 23/2023).

Beschäftigung aufgebaut haben die Kommunen auch in einem Bereich, in dem sich viele Bürger mehr staatliche Investitionen wünschen: Bauen und Wohnen. Allerdings fiel der Zuwachs an Vollzeitmitarbeitern mit gut 6 Prozent unterdurchschnittlich aus.

Der Personalbestand im öffentlichen Dienst hat sich nicht nur in den einzelnen Aufgabengebieten, sondern auch je nach Region unterschiedlich entwickelt:

Die Beschäftigten der Kommunen

im Jahr 2023 in 1.000 Vollzeitstellen

■ Veränderung gegenüber 2013 in Prozent

Beschäftigte in den Aufgabenbereichen des Kernhaushalts	1.153,1	25,7
Davon:		
Zentrale Verwaltung	436,2	31,0
Schule und Kultur	119,7	8,7
Soziales und Jugend	366,4	45,4
Gesundheit und Sport	33,5	16,0
Gestaltung der Umwelt	197,3	2,0
Darunter: Bauen und Wohnen	32,1	6,2
Beschäftigte außerhalb des Kernhaushalts	328,3	20,7
Darunter:		
Krankenhäuser	109,7	18,9
Ver- und Entsorgung	78,4	16,0
Insgesamt	1.481,5	24,5

Beschäftigte außerhalb des Kernhaushalts: u. a. in Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Je Einwohner gerechnet, legte die Zahl der kommunalen Vollzeitbeschäftigten in Schleswig-Holstein von 2013 bis 2023 mit rund 30 Prozent am stärksten zu – in Thüringen betrug der Anstieg nur 11 Prozent.

Ein Grund dürfte sein, dass die Kinderbetreuungsinfrastruktur in den vergangenen Jahren vor allem im Westen Deutschlands erheblich ausgebaut wurde – die ostdeutschen Länder waren hier schon besser aufgestellt.

Der Zuwachs bei den Landesbeschäftigten je Einwohner war von allen Flächenländern ebenfalls in Schleswig-Holstein am größten (plus

15 Prozent), während im Saarland der entsprechende Wert sogar leicht sank.

All diese Werte sagen allerdings nichts darüber aus, inwieweit der unterm Strich verzeichnete Personalaufbau gerechtfertigt war. Um hier Licht ins Dunkel zu bringen, hat das IW ein sogenanntes statistisches Benchmark-Modell erstellt. Vereinfacht gesagt, lässt sich damit zeigen, welche Beschäftigungsentwicklung auf der Ebene der einzelnen Städte und Kreise in den vergangenen Jahren plausibel gewesen wäre, wenn man die Trends für die wich-

Fortsetzung

tigsten sozio-demografischen Indikatoren berücksichtigt.

So liegt es nahe, dass mehr Personal im öffentlichen Dienst benötigt wird, wenn in einer Kommune oder einem Bundesland beispielsweise die Zahl jener Menschen wächst, die soziale Unterstützung benötigen, oder der Aufwand zur Integration von Zuwanderern steigt. Auch ein wachsendes Verkehrsaufkommen oder ein Anstieg der Kriminalität erfordern verstärktes Handeln der zuständigen Gebietskörperschaften – also etwa mehr Verkehrsplaner, Bauingenieure oder Polizisten.

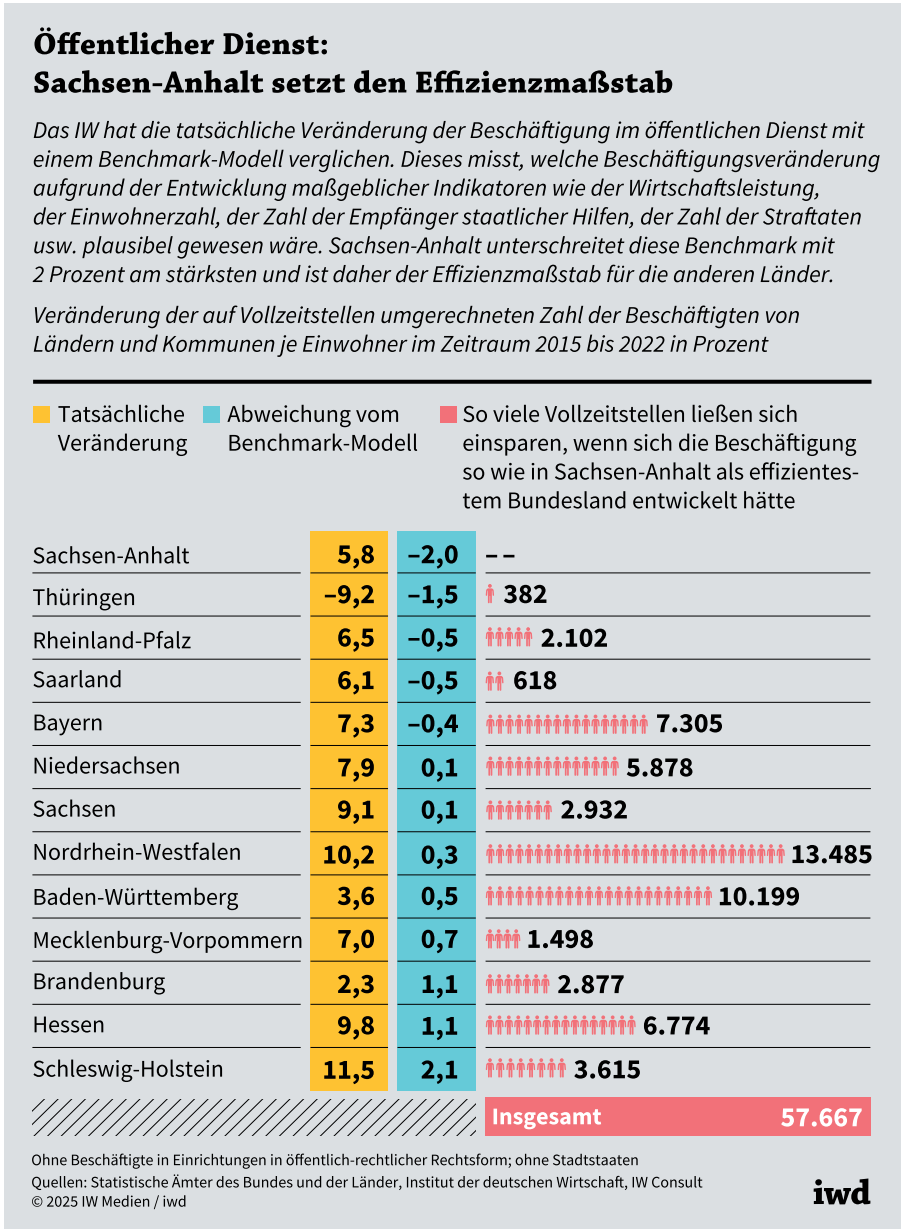
Das IW-Modell hat für die Jahre 2015 bis 2022 – dieser verkürzte Zeitraum ist der Datenlage geschuldet – all diese Effekte auf der Ebene der Bundesländer zusammengefasst und ermittelt, inwieweit die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung der Benchmark entsprach. Das Ergebnis (Grafik):

In Sachsen-Anhalt fiel der Beschäftigungsanstieg auf Landes- und kommunaler Ebene um 2 Prozent geringer aus, als es das Benchmark-Modell des IW erwarten ließ – kein anderes Flächenland schaffte eine so effiziente Personalpolitik.

Die Mehrzahl der Flächenstaaten baute dagegen mehr Beschäftigung auf, als dem IW-Modell zufolge gerechtfertigt gewesen wäre.

Nimmt man Sachsen-Anhalt zum Maßstab, hätten demnach alle anderen Länder die Möglichkeit, ihre Aufgaben mit weniger Landes- und kommunalen Bediensteten zu erfüllen. Unterm Strich kommt auf diese Weise ein erhebliches Sparpotenzial zusammen:

Insgesamt ließen sich knapp 58.000 Vollzeitstellen im öffent-

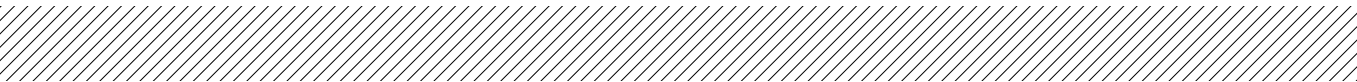


lichen Dienst der Kommunen und der Länder einsparen, wenn die Beschäftigungsentwicklung von 2015 bis 2022 überall so effizient gewesen wäre wie in Sachsen-Anhalt.

Einschränkend gilt es unter anderem festzuhalten, dass die IW-Modellrechnung keine Aussage über die Qualität der Leistungen von Ländern und Kommunen erlaubt. Zudem lassen sich damit nur die

Beschäftigungstrends analysieren, das Niveau steht auf einem anderen Blatt. So hat Sachsen-Anhalt mit umgerechnet etwa 4.800 Vollzeitbeschäftigten je 100.000 Einwohner nach wie vor das höchste Beschäftigungsniveau aller Flächenländer.

Aus IW-Trends 3/2025
Martin Beznoska: Effizienz der öffentlichen Beschäftigung von Ländern und Kommunen



Krank kostet

Soziale Sicherung. Die Arbeitgeber in Deutschland mussten 2024 so viel wie noch nie für Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall ausgeben. Neben Lohnerhöhungen und der gestiegenen Beschäftigung sind dafür auch höhere Fehlzeiten der Mitarbeiter verantwortlich.

Wird ein Arbeitnehmer krank, zahlt der Arbeitgeber bei jeder einzelnen Diagnose bis zu sechs Wochen lang weiter sein Gehalt – so will es das Gesetz. Für die Unternehmen ist das ein großer Kostenfaktor (Grafik):

Im Jahr 2024 zahlten die Arbeitgeber in Deutschland inklusive Sozialversicherungsbeiträge etwa 82 Milliarden Euro an Entgelten im Krankheitsfall.

Das bedeutet ein Plus von knapp 10 Milliarden Euro innerhalb von zwei Jahren. Zwar steigen die Aufwendungen aufgrund von Lohnerhöhungen kontinuierlich. Auch die hohe Beschäftigung trägt dazu bei. Allerdings spielt auch ein anderer Faktor eine entscheidende Rolle:

Über die vergangenen zwei Dekaden ist der Krankenstand in Deutschland deutlich gestiegen.

Dafür gibt es unterschiedliche Erklärungen. So treten zum Beispiel Muskel- und Skeletterkrankungen mit zunehmendem Alter häufiger auf. Aufgrund des demografischen Wandels kann es daher häufiger zu Krankheitsfällen bei Arbeitnehmern kommen. Ebenso haben psychische Erkrankungen in der Vergangenheit kontinuierlich zugenommen. Atemwegserkrankungen, wie sie etwa in der Grippezeit vermehrt auftreten, führen ebenfalls zu hohen Krankenständen.

Die Entgeltfortzahlung hat sich zu einer zweiten Säule bei Krankheit entwickelt. Die Summe, die die Arbeitgeber für die Entgeltfortzahlung aufbringen, übertrifft die Aufwendungen für das Krankengeld um das Vierfache und entspricht gut einem Viertel aller Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung.

Selbst können die Betriebe – etwa durch präventive Maßnahmen zum Gesundheitsschutz sowie Arbeitsschutzvorkehrungen – nur eingeschränkt positiven Einfluss nehmen.

Um den Kostenfaktor für die Wirtschaft zu begrenzen, gibt es unterschiedliche Vorschläge. So stehen zum Beispiel Karenztage im Raum. Die Gehaltszahlung würde dadurch zu Beginn einer Erkrankung für einige Tage ausgesetzt. Alternativ ließen sich Karenzzeiten definieren, in denen das Gehalt auf reduziertem Niveau weitergezahlt wird – ähnlich dem Krankengeld.

Zum anderen ließe sich die Dauer der Entgeltfortzahlungspflicht begrenzen – etwa indem der Arbeitgeber das Gehalt auch bei wechselnden Diagnosen insgesamt nicht länger als sechs Wochen pro Jahr weiterzahlen muss.

Entgeltfortzahlung stark gestiegen

So viele Milliarden Euro mussten die Arbeitgeber in Deutschland in diesen Jahren für Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall ausgeben

	Bruttoentgeltfortzahlung	Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber	Insgesamt
2010	31,2	5,7	36,9
2011	34,2	6,3	40,5
2012	38,5	7,0	45,5
2013	42,1	7,5	49,6
2014	44,3	7,8	49,8
2015	44,8	7,9	52,8
2016	48,2	8,5	56,8
2017	49,5	8,7	58,2
2018	51,6	9,0	60,6
2019	54,8	9,7	64,5
2020	54,5	9,7	64,2
2021	56,2	10,0	66,2
2022	61,6	11,0	72,6
2023	65,4	11,9	77,4
2024	69,1	13,0	82,0

2023: vorläufig

2024: geschätzt

Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber: einschließlich gesetzlicher Unfallversicherung; Entgeltfortzahlung: ohne Mutterschutz

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 75/2025

Jochen Pimpertz: Entgeltfortzahlung bei Krankheit kostet 82 Milliarden Euro

Intensives Ringen um Abschlüsse

Tarifverhandlungen. Im ersten Halbjahr 2025 gab es in Deutschland zwar nur in wenigen Branchen Tarifverhandlungen, diese hatten es zum Teil aber in sich. Knackpunkte waren hohe Lohnforderungen der Gewerkschaften, der Wunsch nach mehr freien Tagen für die Beschäftigten sowie Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder.

Tarifverhandlungen sind kein Zuckerschlecken – das merkten die Verhandler von Gewerkschafts- und Arbeitgeberseite in der Süßwarenindustrie im ersten Halbjahr 2025 einmal mehr. Die Sozialpartner konnten sich nach knapp 30 Monaten zähem Ringen nicht auf einen Tarifvertrag verständigen und setzten die Gespräche bis auf Weiteres aus.

In den anderen acht Verhandlungen, die in den ersten sechs Monaten des Jahres liefen, erzielten die Vertreter von Arbeitgebern und -nehmern dagegen Einigungen – auch wenn der Weg dahin teils von intensiven Konflikten geprägt war. Das lag nicht zuletzt an den speziellen Forderungen der Arbeitnehmerseite.

Neben immer noch recht hohen Entgeltvorstellungen gab es Forderungen nach mehr Freizeit für die Beschäftigten. Die Gewerkschaften verlangten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, bei der Deutschen Post und bei der Deutschen Bahn (EVG-Tarfbereich)

zusätzliche freie Tage. Und in der Druckindustrie sollte die Wochenarbeitszeit in Ostdeutschland von 38 auf 35 Stunden sinken.

Hinzu kamen Forderungen nach Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder. So sollten Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst und bei der Deutschen Post vier zusätzliche freie Tage im Jahr erhalten.

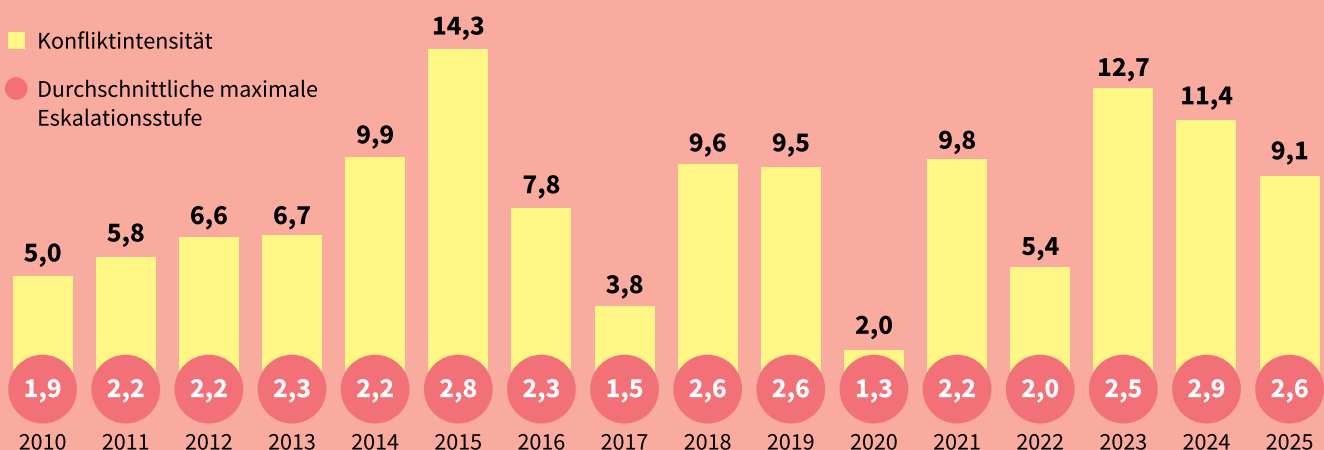
Auf kommunaler Ebene ging es in den Verhandlungen dabei am intensivsten zur Sache (Grafik Seite 15):

Eine Tarifeinigung konnte für die Ärzte kommunaler Krankenhäuser erst nach einer Urabstimmung für unbefristete Streiks gefunden werden.

Damit erreichte die Auseinandersetzung Stufe sechs von sieben in der IW-Konfliktmessung. Die Tarifeinigung sieht Entgelterhöhungen von 4 Prozent rückwirkend ab Juli 2024 sowie um jeweils weitere 2 Prozent ab August 2025 und Juni 2026 vor. Darüber hinaus wird der Zeitraum für die Nachtarbeit ausgeweitet und der Nacht-

Tarifverhandlungen weiterhin konfliktreich

Durchschnittliche Konfliktintensität der Tarifverhandlungen in Deutschland in Punkten



2025: 1. Halbjahr; Konfliktintensität und Eskalationsstufe: Alle Konflikthandlungen während einer Tarifrunde werden in Eskalationsstufen von 0 bis 7 eingeteilt und mit der entsprechenden Punktzahl bewertet: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streik- und Aussperrungsdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikankündigung oder -aufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern der Tarifverhandlung und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung oder unmittelbarer Streikaufruf, 7 = Streik und Aussperrung. Die maximale Eskalationsstufe gibt an, bis zu welcher Konflikthandlung sich eine Tarifrunde zugespitzt hat. Die Konfliktintensität ergibt sich aus der aufsummierten Punktzahl aller Eskalationsstufen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

zuschlag von 15 auf 20 Prozent des individuellen Stundenentgelts erhöht. Höhere Samstagszuschläge und eine angepasste Schichtarbeitsregelung gehören ebenso zum Tarifpaket, auf das sich Kommunen und Marburger Bund einigen konnten.

Im öffentlichen Dienst kamen die Kommunen – gemeinsam mit dem Bund – ebenfalls zu einer Lösung mit der Gewerkschaftsseite. Dazu brauchte es allerdings eine Schlichtung. Das Ergebnis: Die Löhne und Gehälter steigen in zwei Stufen um insgesamt 5,8 Prozent: 3,0 Prozent (mindestens aber 110 Euro) ab April 2025 und 2,8 Prozent ab Mai 2026. Die Schichtdienstzulagen und Zulagen für Wechselschichtdienste werden zudem angehoben.

Bis zur Schlichtung ging es auch in der Systemgastronomie. Nach fast einem Jahr Verhandlungszeit stand ein neuer Entgeltvertrag. Er gilt für die 120.000 Beschäftigten für 22 Monate bis Ende 2026 und sieht in jeweils drei Schritten Lohnerhöhungen in allen zwölf Tarifgruppen vor. Das Lohnplus beträgt über den gesamten Zeitraum zwischen 9,8 und 18,7 Prozent.

Dass Einigungen auch ruhig und unkompliziert vonstattengehen können, zeigten diesmal Deutsche Bahn und EVG. Schon in der dritten Verhandlungsrunde stand ein Abschluss für die 190.000 Beschäftigten. Mit 33 Monaten ist die Laufzeit zudem ungewöhnlich lang. Auch in der papierverarbeitenden Industrie gelangten die Sozialpartner ziemlich schnell zu einem für beide Seiten akzeptablen Ergebnis.

Unterm Strich sank im ersten Halbjahr die Konfliktintensität in den Tarifverhandlungen im Vergleich zum Vorjahr. Allerdings ist dabei zu beachten, dass 2024 zu den konfliktreichsten Jahren zählte und der Wert von 2025 immer noch relativ hoch ist (Grafik Seite 14):

Durchschnittlich erreichten die Tarifverhandlungen im ersten Halbjahr 2025 eine Konfliktintensität von 9,1 Punkten. Das waren 0,9 Konfliktpunkte mehr als im langjährigen Mittel der Jahre 2000 bis 2024.









Im zweiten Halbjahr 2025 stehen nur wenige Verhandlungen an. Der Tarifvertrag des Kabinenpersonals von Eurowings ist inzwischen ausgelaufen, in der Eisen- und Stahlindustrie starten im Spätsommer die ersten Gespräche und für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder wird es im Dezember ernst. Dann beginnen dort neue Verhandlungen. Das Eskalationspotenzial ist bei

Eurowings sowie in der Eisen- und Stahlindustrie relativ überschaubar. Im öffentlichen Dienst sollte es bis Jahresende aus zeitlichen Gründen maximal Warnstreiks geben. Dadurch dürfte die Konfliktintensität insgesamt unter der des ersten Halbjahres liegen.

Tarifverhandlungen: In den Kommunen besonders intensiv

So hoch war die Konfliktintensität in den Tarifverhandlungen dieser Branchen im ersten Halbjahr 2025 in Punkten

■ Konfliktintensität ● Maximale Eskalationsstufe

 Kommunale Krankenhäuser (Ärzte)	22	6
 Öffentlicher Dienst (Bund und Kommunen)	21	5
 Systemgastronomie	20	5
 Deutsche Post	16	4
 Textilindustrie (West)	15	4
 Druckindustrie (Mantel)	14	4
 Papierverarbeitende Industrie	7	4
 Süßwarenindustrie (Entgeltrahmen)	4	2

Tarifrunden begannen teilweise im Jahr 2024

Konfliktintensität und Eskalationsstufe: Alle Konfliktthandlungen während einer Tarifrunde werden in Eskalationsstufen von 0 bis 7 eingeteilt und mit der entsprechenden Punktzahl bewertet: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streik- und Aussperrungsdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikankündigung oder -aufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern der Tarifverhandlung und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung oder unmittelbarer Streikaufruf, 7 = Streik und Aussperrung. Die Konfliktintensität ergibt sich aus der aufsummierten Punktzahl aller Eskalationsstufen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 38/2025

Hagen Lesch, Lennart Eckle, Maya Seelhorst: Tarifpolitischer Bericht 1. Halbjahr 2025

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwdmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche



1.009.000 Tonnen

Äpfel werden die deutschen Obstbaubetriebe in diesem Jahr voraussichtlich ernten – so eine erste Schätzung, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht hat. Damit könnte der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre um knapp 4 Prozent und die vergleichsweise geringe Apfelernte des Jahres 2024 sogar um annähernd 16 Prozent übertroffen werden. Die Zuversicht der Apfelbauern speist sich vor allem daraus, dass die Witterung zur Blütezeit mild war und größere Schäden durch späten Frost oder Hagel in diesem Jahr ausgeblieben sind.

Äpfel sind bundesweit das mit Abstand am meisten geerntete Baumobst – in diesem Jahr beträgt die Anbaufläche insgesamt 32.700 Hektar. Die größten Anbaugebiete sind die Bodenseeregion in Baden-Württemberg – hier erwarten die Betriebe 2025 auf einer Fläche von 11.600 Hektar eine Erntemenge von 362.000 Tonnen – und das Alte Land in Niedersachsen mit voraussichtlich 330.000 Tonnen auf 8.400 Hektar. Bei einem anderen beliebten Sommerobst – Pflaumen und Zwetschen – gehen die Anbaubetriebe in Deutschland für dieses Jahr von 44.500 Tonnen und damit einer insgesamt nur leicht überdurchschnittlichen Erntemenge aus.

Top-Liste: Die Mehr-Arbeiter

Annähernd 4,4 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland haben im Jahr 2024 regelmäßig Überstunden gemacht, das entsprach rund 11 Prozent aller 39,1 Millionen Arbeitnehmer. Im Vorjahr waren es etwas mehr: 4,6 Millionen Beschäftigte oder 12 Prozent der Arbeitnehmer leisteten 2023 Mehrarbeit. Männer arbeiteten zuletzt mit 13 Prozent etwas häufiger über das vertragliche Maß hinaus als Frauen (10 Prozent). Arbeitnehmer, die 2024 in der Finanz- und Versicherungsbranche sowie der Energieversorgung beschäftigt waren, leisteten durchschnittlich pro Woche häufiger Mehrarbeit als Beschäftigte in der Gastronomie oder dem Wirtschaftszweig „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“, zu dem etwa Wach- und Sicherheits- oder Reinigungsdienste zählen. Rund 45 Prozent all jener, die im Jahr 2024 länger arbeiteten, als in ihrem Arbeitsvertrag vereinbart war, häuften im Schnitt maximal fünf Überstunden in der Woche an, 15 Prozent übertrafen ihre reguläre Wochenarbeitszeit dagegen um mehr als 15 Stunden.

Überstunden: Banker arbeiten am häufigsten länger

So viel Prozent der Beschäftigten in diesen Wirtschaftszweigen haben 2024 mehr gearbeitet, als in ihrem Arbeitsvertrag vereinbart war

Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,7
Energieversorgung	15,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	14,8
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	14,0
Information und Kommunikation	13,4
...	
Baugewerbe	8,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	7,6
Gastgewerbe	6,0

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2025 IW Medien / iwd

iwd